

BERLINER REPUBLIK – INNOVATIONSDIALOGE 2013

KANN DIE ENERGIEWENDE GELINGEN?

15. April 2013, 17.30 – 21.30 Uhr, Berlin - EnBW Hauptstadtrepräsentanz

Referentinnen & Referenten

Andreas Renner

Dr. Tobias Dürr

Hubertus Heil MdB

Dirk Güsewell

Ulrich Kelber MdB

Andreas Kuhlmann

Dietmar Schütz

Moderation: Cordula Tutt

BERLINER REPUBLIK -- WERFTSTR. 3, 10925 BERLIN, DIALOGE@B-REPUBLIK.DE -- CHEFREDAKTEUR: DR. TOBIAS DÜRR -- GESCHÄFTSFÜHRER: DR. MARC DRÖGEMÖLLER
VERANSTALTUNGSMANAGEMENT & SPONSORING: **REPUBLIK MOVIDA GMBH** -- LÜBECKER STR. 42 -- 10559 BERLIN -- T: 030-526 825 410 -- INFO@REPUBLIK-MOVIDA.DE

HERAUSGEBERINNEN UND HERAUSGEBER -- TORSTEN ALBIG -- GREGOR AMANN -- GÜNTER BAASKE -- DR. HANS-PETER BARTELS -- SÖREN BARTOL -- KURT BODEWIG -- HANS MARTIN BURY
MARTIN DÖRMANN -- ELVIRA DROBINSKI-WEIß -- MARTIN DULIG -- SEBASTIAN EDATHY -- SIEGMUND EHRMANN -- MARTINA EICKHOFF -- PETRA ERNSTBERGER -- GABRIELE FRECHEN -- PETER
FRIEDRICH -- MARTIN GERSTER -- KERSTIN GRIESE -- MICHAEL HARTMANN -- NINA HAUER -- HUBERTUS HEIL -- DR. EVA HÖGL -- KLAAS HÜBNER -- JOHANNES JUNG -- JOSIP JURATOVIC
JOHANNES KAHRS -- NICOLETTE KRESSL -- CHRISTIAN LANGE -- KIRSTEN LÜHMANN -- KATJA MAST -- CHRISTOPH MATSCHIE -- URSULA MOGG -- GESINE MULTHAUPT -- DR. ERIKA OBER
THOMAS OPPERMANN -- AYDAN ÖZOĞUZ -- MATTHIAS PLATZECK -- STEFFEN REICHE -- DR. CAROLA REIMANN -- BIRGIT ROTH -- SILVIA SCHMIDT -- CARSTEN SCHNEIDER -- DR. MARTIN
SCHWANHOLZ -- ALEXANDER SCHWEITZER -- SONJA STEFFEN -- PEER STEINBRÜCK -- DR. FRANK-WALTER STEINMEIER -- ROLF STÖCKEL -- JÖRN THIEßEN -- WOLFGANG TIEFENSEE
UTE VOGT -- ANDREAS WEIGEL -- ANDREA WICKLEIN

Dr. Tobias Dürr



Chefredakteur der *Berliner Republik*

Lebenslauf

- 1984 Abitur, Gymnasium Ohlstedt, Hamburg
- 1984-1987 Berufsausbildung zum Reedereikaufmann, Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft, Hamburg
- 1987-1988 Einjähriger Studienaufenthalt in Kapstadt und Stellenbosch, Republik Südafrika
- 1988-1995 Studium der Politikwissenschaft, der Neuen und Mittleren Geschichte und des Öffentlichen Rechts, Georg-August-Universität Göttingen; Magister Artium („sehr gut mit Auszeichnung“) und Promotion („summa cum laude“)
- 1989-1995 Hochbegabtenstipendium der Studienstiftung des Deutschen Volkes
- 1993 Preis des Landes Niedersachsen für „hervorragende Studienleistungen“
- 1995-1999 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Europa- und Nordamerikastudien und am Seminar für Politikwissenschaft der Universität Göttingen. Arbeitsschwerpunkte: Politische Parteien und Gesellschaft, Politisches System der Vereinigten Staaten, Politik und Gesellschaft Ostdeutschlands
- 1995-1999 Regelmäßiger Autor von Essays und Kommentaren für verschiedene Tages- und Wochenzeitungen sowie Zeitschriften und Rundfunksender („Die Zeit“, „Die Welt“, „Frankfurter Rundschau“, „Die Woche“, „die tageszeitung“, „Blätter für deutsche und internationale Politik“, „Neue Gesellschaft“, „DeutschlandRadio“ etc.)
- 1999-2001 Redakteur im Ressort Politik der Wochenzeitung „Die Zeit“, Hamburg
- 2003-2004 Mitarbeiter im Planungsstab des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin; programmpolitischer Berater von SPD-Generalsekretär Olaf Scholz
- seit 2001 Chefredakteur der politischen Zeitschrift „Berliner Republik“, Berlin; Publizist, politischer Berater, Redenschreiber, Ghostwriter, Übersetzer, Buchautor und Herausgeber
- seit 2002 Politischer Berater des Brandenburger Ministerpräsidenten Matthias Platzeck
- seit 2007 Vorsitzender des Think Tanks „Das Progressive Zentrum e.V.“, Berlin

Andreas Renner



Leiter der Repräsentanzen Berlin und Brüssel *EnBW Holding*

Lebenslauf

geboren am 7. Juni 1959 in Stockach am Bodensee
verheiratet

1986	Dipl.-Verwaltungswissenschaftler Universität Konstanz
1986- 1989	Referendariat und Staatsexamen
1989-1993	Höherer Dienst der Landesverwaltung Baden-Württemberg
1992-1993	Führungsakademie des Landes Baden-Württemberg
1993-2005	Oberbürgermeister der Stadt Singen
2005-2006	Minister für Arbeit und Soziales des Landes Baden-Württemberg
seit 2006	EnBW AG Holding
seit Januar 2009	EnBW AG, Berlin und Brüssel Holding Leiter der Repräsentanzen Berlin und Brüssel

Hubertus Heil



Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der *SPD-Bundestagsfraktion*

Lebenslauf

geboren am 3. November 1972 in Hildesheim
verheiratet

1988	Eintritt in die SPD
seit 1998	Mitglied des Bundestages
2001-2007	stellvertretender Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Peine
2001-2007	stellvertretender Vorsitzender des SPD-Bezirks Braunschweig
2005-2009	Generalsekretär der SPD Deutschlands
seit Oktober 2009	stellvertretender Vorsitzender des SPD-Bundestagsfraktion, zuständig für die Bereiche Wirtschaft und Technologie sowie den Bereich Arbeit
seit Dezember 2009	Vorsitzender des SPD-Bezirks Braunschweig
seit Dezember 2011	Mitglied des SPD-Parteivorstandes
weiterhin	u.a. Vorstandsmitglied der Stiftung Neue Verantwortung, Mitglied des KfW-Verwaltungsrates, Mitglied des Kuratoriums der Friedrich-Ebert-Stiftung

Statement von Hubertus Heil MdB

Die Energiewende ist eine Riesenchance für unser Land. Das haben Sozialdemokraten früher begriffen als andere. Es war die Bundesregierung von Gerhard Schröder, die den geordneten Ausstieg aus der Atomkraft eingeleitet und den Weg hin zu einer sauberen und modernen Energieversorgung geebnet hat. In einer Welt mit wachsender Weltbevölkerung und aufstrebenden neuen industriellen Kraftzentren wächst der Energiehunger und damit gleichzeitig die Gefahr des Klimawandels. Wenn in unserem Land die Energiewende gelingt, kann Deutschland mit seinem technologischen Vorsprung als Ausrüster der Welt mithelfen, die Energieprobleme unseres Planeten zu lösen. Das sichert zukunftsfähige Arbeitsplätze in unserem Land. Mit deutschem Ingenieur-Know-How haben wir einen Vorsprung bei Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien geschaffen.

Doch gerade diese Energiewende droht jetzt in Deutschland von der schwarz-gelben Bundesregierung gegen die Wand gefahren zu werden. Der Zick-Zack-Kurs von Frau Merkel hat das gefährdet, was für eine erfolgreiche Energiewende unabdingbar ist: **Planungs- und Investitionssicherheit**. Frau Merkel hat aus einer ökonomischen Chance ein wirtschaftliches und soziales Risiko gemacht.

In dieser Situation ist ein Politikwechsel erforderlich, um die Energiewende zum Erfolg zu führen, denn diese Bundesregierung hat offensichtlich nicht mehr die Kraft dazu, die großen Fragen der Energiepolitik vor der Bundestagswahl zu klären. Dazu gehören ein neuer **Ordnungsrahmen für den Strommarkt**, der den **Ausbau der Erneuerbaren Energien** vorantreibt und gleichzeitig die notwendigen **Investitionen für Reservekraftwerke** ermöglicht, eine stärkere **Synchronisierung des Ausbaus der Erneuerbaren mit dem Netzausbau**, mehr **Investitionen in Energieeffizienz** sowie vor allem eine **bessere Koordinierung und Steuerung** der Energiewende insgesamt.

Wir brauchen einen Ausbau der Erneuerbaren Energien mit Ehrgeiz und Augenmaß und ein **System der Strompreisbildung**, das Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit gewährleistet. Wir brauchen auch **kurzfristige Maßnahmen**, damit die Energiekosten für Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen sich nicht so auswirken, dass Arbeitsplätze ins Ausland verlagert werden. Aber wir dürfen bei all dem vor allem nicht, die ganz normalen Verbraucherinnen und Verbraucher aus den Augen verlieren. Die SPD ist durchaus bereit, vernünftige kurzfristige Maßnahmen zu unterstützen, die den **Strompreis bremsen** - etwa durch Freibeträge bei der **Stromsteuer**.

Die Energiewende ist ohne Zweifel eine Operation am offenen Herzen unserer Industriegesellschaft. Wenn sie gelingt, erreichen wir **eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung und zukunftsfähige Arbeitsplätze** in unserem Land. Misslingt sie, stehen wir vor dramatischen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen. Durch die Untätigkeit Merkel-Regierung haben wir in dieser Legislaturperiode wertvolle Zeit für die Energiewende, insbesondere die Neuordnung des Strommarktes, verloren. Die SPD wird nach dem Regierungswechsel im kommenden Jahr mit aller Kraft daran arbeiten, dass die Energiewende gelingt.

Dirk Güsewell



Geschäftsführer *EnBW Erneuerbare Energien GmbH*

Lebenslauf

geboren am 30. März 1970 in Radolfzell/Bodensee
verheiratet, eine Tochter

- 1990 – 1993 Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Berufsakademie
der württembergischen Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie (VWA), Stuttgart
Abschluss: Diplom-Betriebswirt (BA)
- 1993 – 1989 in verschiedenen betriebswirtschaftlichen Funktionen bei der Robert Bosch GmbH
in Gerlingen, Möglingen und Stuttgart
- 1999 – 2000 Koordinator „Vorstandsangelegenheiten“
EnBW Kraftwerke AG, Stuttgart
- 2000 – 2005 Leiter „Geschäfts- und Organisationsentwicklung“
EnBW Kraftwerke AG, Stuttgart
- 2005 – 2007 Bereichsleiter „Koordination im Vorstandsbereich Technik“
EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Karlsruhe
- 2006 – 2007 Bereichsleiter „Technik und Betrieb“ (kommissarisch),
EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Karlsruhe
- 2008 Bereichsleiter „Erneuerbare Energien“, EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Stuttgart
- seit 2008 Geschäftsführer/CFO, EnBW Erneuerbare Energien GmbH, Stuttgart
- seit 2004 Mitglied in verschiedenen Aufsichts- und Verwaltungsräten von Konzern- und
Beteiligungsgesellschaften des EnBW-Konzerns

Ulrich Kelber



Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der *SPD-Bundestagsfraktion*

Lebenslauf

geboren am 29. März 1968 in Bamberg
verheiratet, fünf Kinder

1987-1993	Studium Informatik und Biologie in Bonn
1993-1995	Wissenschaftlicher Mitarbeiter GMD – Forschungszentrum Informationstechnik
1996-2002	Wissensmanagement-Berater bei einer IT-Firma (Sept. 2000 bis Sept. 2002 beratend)
1985	Eintritt in die SPD
1987-1989	sachkundiger Bürger im Umweltausschuss der Stadt Bonn
1989-1994	Mitglied der Bezirksvertretung Bonn-Beuel
1994 – 2002	Mitglied im Rat der Stadt Bonn
seit 1992	Mitglied des Vorstands der Bonner SPD
1992 – 2000	Sprecher der Bonner SPD
2001 - 2008	Vorsitzender der SPD Bonn
seit 01.09.2000	Mitglied des Bundestages (nachgerückt für Rudolf Dreßler)
2002, 2005 und 2009	Gewinn des Direktmandats Wahlkreis Bonn
seit November 2005	Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, verantwortlich für die Bereiche Umwelt, Naturschutz, Reaktorsicherheit, Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Nachhaltigkeit
weiterhin	Stellvertretendes Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur; Mitglied u.a. in ver.di, Greenpeace, BUND, ADFC, Eurosolar

Statement von Ulrich Kelber MdB

Anstelle einer Energiewende mobbt Schwarz-Gelb die erneuerbaren Energien

Schwarz-Gelb mobbt die erneuerbaren Energien, damit keiner merkt, dass man fast vier Jahre lang chaotische Energiepolitik gemacht hat. Allein die zwei größten Energiekonzerne in Deutschland haben im letzten Jahr wieder erheblichen Gewinn gemacht. Wo sind die Stimmen aus der schwarz-gelben Regierung, die das Doppelabkassieren bei den CO₂-Zertifikaten kritisieren? Erst werden die kostenlos zugeteilten Zertifikate in den Strompreis eingepreist, und jetzt, wo die Zertifikate bezahlt werden müssen, sollen die Stromkunden noch einmal dafür bezahlen.

Wie kann man auf die Idee kommen, für Netzinvestitionen eine sichere, feste Rendite von 9 Prozent zuzusichern und für den Fall, dass ein Risiko entsteht, den Verbraucherinnen und Verbrauchern auch noch eine Risikobefreiungsumlage aufzulasten, damit die 9 Prozent auf keinen Fall geschmälert werden? Und warum führt der Bundeswirtschaftsminister nicht Gespräche mit dem Bundeskartellamt? Es gibt immerhin den § 29 im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Warum prüfen wir nicht einmal, warum die sinkenden Großhandelspreise bei Strom und Gas nicht an die Kundinnen und Kunden weitergegeben werden?

Wir brauchen endlich eine konzeptionelle Energiepolitik. Da reicht nicht das Reden über das EEG. Wir müssen Maßnahmen ergreifen, um in Süd- und Südwestdeutschland, wo die Atomkraftwerke nun schneller abgeschaltet werden, Energieversorgungssicherheit zu garantieren. Dazu brauchen die Länder natürlich eine konsistente Politik der Bundesebene.

Wir müssen uns darüber unterhalten, wie wir Systemstabilität gewährleisten können. Natürlich müssen die Erneuerbaren mehr Systemverantwortung übernehmen; aber sie müssen sie auch übernehmen dürfen. Wir müssen uns fragen, ob das nicht Dinosauriertechnologie ist, wenn in Deutschland immer 20 bis 30 Megawatt von fossilen Kraftwerken bereitgestellt werden müssen, ohne dass der Strom benötigt wird, nur um Systemdienstleistungen zu erbringen.

Wir müssen den Strommarkt neu regeln, weil seine Regeln heute weder für Investitionen in Gaskraftwerke noch für eine Marktfähigkeit der erneuerbaren Energien reichen. Und, ja, wir müssen uns über Maßnahmen zur Senkung der Preise und unideologisch auch über Sozialtarife unterhalten.

Dazu gehört die Debatte über ein EEG 2.0, das nicht deckelt, sondern hilft, von 25 Prozent Anteil der erneuerbaren Energien auf 50 Prozent zu kommen. Darüber darf man nicht ein weiteres Jahr reden. Dieses Wursteln in der Energiepolitik, diese Flickschusterei, dieser Aktionismus, diese Schaufensterpolitik mit der Beschränkung auf ein oder zwei Teilaspekte muss aufhören; sonst bekommen wir alle von Schwarz- Gelb eine teure Rechnung präsentiert.

Last but not least: wir brauchen mehr Investitionen in Energieeffizienz, hier liegt das eigentliche Potential und das oberste Ziel einer wirklichen Energiewende, sowohl für die Industrie als auch für die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Andreas Kuhlmann



Geschäftsbereichsleiter Strategie und Politik,
Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW)

Lebenslauf

geboren am 16. Juli 1967 in Recklinghausen
verheiratet, eine Tochter

- 1988 – 1995 **Studium der Physik**, Nebenfach Wirtschaftswissenschaft
in Bonn, Heidelberg und Oregon State University, Corvallis, OR, USA
- 1991 **ifeu – Institut für Energie und Umweltforschung Heidelberg**
Mitwirkung an der Erstellung eines kommunalen Klimaschutzprojektes
der Stadt Heidelberg
- 1992, 1994, 1996 **Universität Heidelberg**
Organisation multidisziplinärer Veranstaltungsreihen zu umweltpolitischen Fragen
- 1993 **Oregon State University, Corvallis, USA**
Graduate Teaching Assistant (Perspectives in Physics)
- 1991 – 1995 **Universität Heidelberg, Institut für Umweltphysik**
Forschungsassistent, Globaler Treibhauseffekt (91-92, 93-95)
- 1995 – 1996 **Universität Heidelberg, Institut für Umweltphysik, Heidelberg**
Diplom-Physiker
- 1996 – 1997 **Europäisches Parlament, SPE-Fraktion, Brüssel**
Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherfragen (96–97)
Ausschuss für Beschäftigung und Soziale Fragen (97)

- 1997 – 1998 **Abgeordnetenbüro Dagmar Roth-Behrendt, MdEP, Brüssel**
Freier Mitarbeiter für Klimapolitik und Umweltfragen
- 1998 – 1999 **Europäisches Parlament in Brüssel**
Mitarbeiter der Gruppe der Sozialdemokraten
- 1999 – 2002 **Sozialdemokratische Partei Deutschlands**
- 2002 - 2004 **Deutscher Bundestag**
Persönlicher Referent des Fraktionsvorsitzenden der SPD
- 2004 - 2005 **Sozialdemokratische Partei Deutschlands**
Büroleiter des Parteivorsitzenden
- 2005 – 2006 **Bundesministerium für Arbeit und Soziales**
Leiter Stab Ministerbüro
- 2007 - 2008 **Deutsche Botschaften in Stockholm und Helsinki**
Sozialattachée
- 10/08 – 11/09 **Sozialdemokratische Partei Deutschlands**
Büroleiter des Parteivorsitzenden
- 01/10-05/10 **Bundesministerium für Arbeit und Soziales**
Koordinator Nationaler Aktionsplan zur UN-Konvention für Menschen mit Behinderung
- seit Juni 2010 **Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW)**
Geschäftsbereichsleiter Strategie und Politik

Statement von Andreas Kuhlmann

Kann die Energiewende gelingen? Keine Frage, ja. Aber: Einiges wird sich ändern müssen, an der Konzeption dessen, was sich Energiewende nennt. Drei Beispiele:

Erstens: Es beginnt bei den politischen Rahmenbedingungen, der Governance, der Energiewende. Das Projektmanagement ist nicht zufriedenstellend und die wichtigsten Akteure sind uneins über das, was es bis wann und unter welchen Bedingungen zu erreichen gilt. Der Streit um die Strompreisbremse hat dies mehr als deutlich gemacht. Es scheint fast aussichtslos, dass Bund und Länder sich auf sachgerechte Lösungen einigen, wenn es um Energiepolitik geht. Dies wird sich ändern müssen. Außerdem: Die Energiewende – begonnen eher im Jahr 2000 als im Jahr 2011 – ist ein gesellschaftliches Generationenprojekt. Doch noch immer gibt es keine Plattform für einen strukturierten gesellschaftlichen Diskurs, wie er von der Ethikkommission angeregt und vom BDEW gemeinsam mit dem WWF in dem Vorschlag für ein Nationales Forum Energiewende konkretisiert wurde. Schade.

Zweitens: Die Energiewende muss europäisch werden. Zu intensiv sind jetzt schon die Rahmenbedingungen im europäischen Binnenmarkt, als dass man ein Projekt dieser Art, im Herzen Europas, allein national angehen kann. Das zeigt allein schon der intensive Stromaustausch mit den Nachbarländern. Es bedarf sogar weiterer europäischer Rahmenbedingungen für ein Gelingen der Energiewende. Wir brauchen ambitionierte verbindliche Klimaziele über das Jahr 2020 hinaus, damit der Zertifikatehandel Wirkung entfalten kann. Wir brauchen auch klare Regelungen was die Einführung von Kapazitätsmärkten in den einzelnen Ländern anbelangt. Und wir brauchen eine konsequente Umsetzung dessen, was zur Vervollständigung dieses Binnenmarktes noch zu tun ist.

Drittens: Die Vereinfacher und die Verkomplizierer in der öffentlichen Debatte sollten sich aufeinander zu bewegen. Wer die immensen Herausforderungen, die dringlich benötigten Innovationen für das Gelingen der Energiewende und die Debatte um dessen Kosten herunter redet, schadet dem Projekt. Wer aber überall nur Probleme sieht und die Machbarkeit ständig in Frage stellt, wird auch nicht zum Gelingen beitragen. Ein nüchterner Blick auf ein faszinierendes Projekt, das uns noch eine Weile beschäftigen wird, wäre ein gutes Fundament für das was noch vor uns liegt.

Dietmar Schütz



Präsident des *Bundesverbandes Erneuerbare Energie e.V. (BEE)*

Lebenslauf

geboren am 21. Oktober 1943 in Oldenburg, Jurist
verheiratet, ein Sohn

Studium der Geschichte, Politik und Rechtswissenschaften an der Georg-August-Universität Göttingen

- | | |
|-------------------|--|
| 1970 | Erstes juristisches Staatsexamen |
| 1973 | Zweites juristisches Staatsexamen |
| 1974-1987 | Verwaltungsbeamter der niedersächsischen Landesregierung, darunter längere Zeit im Wissenschaftsministerium |
| 1987-2001 | Mitglied des Deutschen Bundestages, dort unter anderem: Landesgruppensprecher der niedersächsischen SPD-Abgeordneten im Bundestag <ul style="list-style-type: none">- stellvertretender energiepolitischer Sprecher der SPD-Fraktion- Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit- Berichterstatter der SPD-Fraktion für das Erneuerbaren-Energien-Gesetz- Mitglied im Haushaltsausschuss- Mitglied im Vertrauensgremium des Bundestages |
| 2001-2006 | Oberbürgermeister in Oldenburg |
| seit Februar 2008 | Präsident des Bundesverbandes Erneuerbare Energie (BEE) |

Statement von Dietmar Schütz

Anforderungen an einen künftigen Energiemarkt

Das heutige Design der Strommärkte ist nicht zukunftsfähig – diese Erkenntnis ist in der Energiebranche beinahe schon Allgemeingut. Längst ist eine breit geführte Debatte entbrannt, wie die Strommärkte neu zu konzipieren sind, um sie fit zu machen für die kommenden Herausforderungen. Die bislang vorgelegten Vorschläge greifen aus Sicht des Bundesverbandes Erneuerbare Energien (BEE) entschieden zu kurz. Sie adressieren vor allem das „Missing-Money-Problem“ konventioneller Kraftwerke, also die Herausforderung, dass diese Kraftwerke immer häufiger ihre Vollkosten nicht verdienen und Neubauten unrentabel werden. Die Erneuerbaren Energien bleiben aus den Überlegungen zur Neugestaltung des Marktdesigns bislang weitgehend ausgeblendet.

Tatsächlich benachteiligt das heutige System die Erneuerbaren Energien (EE), insbesondere Wind- und Photovoltaik-Anlagen, bei Vermarktung und Preisfindung; ein Umstand, der sich unter anderem in der steigenden EEG-Umlage zum Ausgleich dieser systemischen Benachteiligung widerspiegelt. Die Definition zuverlässiger, angepasster Refinanzierungsinstrumente für Bau und Betrieb sauberer Kraftwerke gehört ebenso zu den Kernaufgaben bei der Entwicklung eines neuen Marktdesigns wie Lösungen für das „Missing-Money-Problem“.

Schon in wenigen Jahren werden die Erneuerbare Energien zu den tragenden Säulen unserer Stromversorgung werden. Deshalb muss ein neues Marktdesign von den Erneuerbaren her gedacht werden und deren Besonderheiten Rechnung tragen. Das bedeutet nichts anderes als eine technische Revolution, die weltweit bislang – mit Ausnahme Dänemarks – ohne Vorbild ist.

Damit dieses System auch in Zukunft sicher und zuverlässig betrieben werden kann, bedarf es einer Ergänzung um Anlagen und Ausgleichsoptionen, die sehr flexibel immer dann abgerufen werden können, wenn der Wind nicht genug weht und die Sonne nicht genug scheint. Schließlich werden netztechnische Anlagen benötigt, die der Aufrechterhaltung der Systemstabilität (insbesondere der Frequenz- und Spannungshaltung) dienen. Auch diese so genannten „Must run- Anlagen“, heute im wesentlichen Kohle- und Atomkraftwerke, werden künftig durch deutlich flexiblere Anlagen und immer stärker auch durch Erneuerbare-Energien-Anlagen ersetzt werden müssen.

Die größten Herausforderungen der nächsten Jahre bestehen darin, die unterschiedlichen Flexibilitätsoptionen gegeneinander abzuwägen und einen Zeitplan zu entwickeln, wann welche Option in welchem Umfang benötigt wird und auf welche Weise sie in das System gelangt. In diesem Zusammenhang sind auch Netze als Flexibilitätsoptionen zu betrachten, wobei hier nicht nur die Stromnetze, sondern auch die Gas- und Wärmenetze sowie künftige Kommunikations- und Datennetze („smart grids“) in die Überlegungen einzubeziehen sind.

Die Diskussion über die Finanzierung des künftigen Stromsystems wird seit einiger Zeit durch das Stichwort „Marktdesign“ geprägt, in dem die Hoffnung mitschwingt, ein einheitlicher „Strommarkt“ möge künftig in der Lage sein, die unterschiedlichen technischen Optionen zu finanzieren. Nun gibt es seit einiger Zeit verstärkt Hinweise darauf, dass der Stromgroßhandelsmarkt in Form des börsenorientierten Spot- und Terminmarktes weder die Finanzierung der „Fluktuierende- Erneuerbare-Energien“-Anlagen (FEE) noch die der notwendigen Flexibilitätsoptionen wie beispielsweise neue Gaskraftwerke sicherstellen kann, auch nicht in Verbindung mit den Regelenenergiemärkten.

Daher scheint es geboten, das Stromsystem in einzelne Finanzierungssegmente zu unterteilen und ein „Systemdesign“ zu diskutieren, das die Finanzierung der benötigten Anlagen und sonstigen Optionen ermöglicht und gleichzeitig das Zusammenspiel der Segmente berücksichtigt. Um den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu garantieren, werden weiterhin hinreichende und verlässliche Instrumente zur Refinanzierung der EE im Allgemeinen und der FEE im Besonderen benötigt, die explizit für diese annähernd grenzkostenfreie Stromerzeugung mit vergleichsweise hohen Fixkosten (Investitions- und Kapitalkosten) konzipiert sind. Das EEG hat sich hier als besonders effektiv und letztlich auch als gesamtwirtschaftlich effizient erwiesen; gleichwohl muss es nun „systemdienlich“ weiterentwickelt werden, das heißt beispielsweise, dass es künftig stärkere Signale für eine systemgerechtere Auslegung neuer Anlagen geben sollte.

Die bestehenden Dispatch-Märkte (Stromgroßhandels- und Regelenergiemärkte) leisten einen unabdingbaren Beitrag zum optimalen Einsatz bestehender Anlagen. Jedoch müssen auch sie sich noch stärker an die Anforderungen regenerativer Energien anpassen, insbesondere im Hinblick auf die Fristigkeiten der Handelsgeschäfte. Schließlich wird das System durch eine so genannte „strategische Reserve“ ergänzt werden müssen, um die Vorhaltung von Leistung zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit zu finanzieren. Offen ist allerdings noch die Frage, wann diese Reserve in Deutschland eingeführt werden sollte und wie sie konkret auszugestalten ist, um Mitnahmeeffekte zu minimieren und nur solche Anlagen zuzulassen, die auf Dauer mit dem künftigen System kompatibel sind.

Cordula Tutt



Autorin der Parlamentsredaktion der *Wirtschaftswoche*

Lebenslauf

- Studium und Kompaktklasse Deutsche Journalistenschule
- Freie Mitarbeit u.a. für „Die Zeit“ und „Der Tagesspiegel“
- Reporterin der Nachrichtenagentur Reuters
- Gründungsredakteurin der „Financial Times Deutschland“
- Redakteurin bei den „Financial Times“ in London
- Bundespolitische Korrespondentin des Magazins „Focus“